



Pressemitteilung vom 16.11.2023

### +++ GINGSTER GESPRÄCH +++

Bl. Die Bürgerinitiative Lebenswertes Rügen forderte heute (16.11.2023) in Gingst die Landesregierung erneut auf, sich konsequent gegen die LNG-Pläne der Bundesregierung zu stellen und ihrer Verantwortung für Rügen nachzukommen.

Bei einem Treffen mit Landesumweltminister Dr. Till Backhaus und dem Parlamentarischen Staatssekretär Heiko Miraß wurde deutlich gemacht, dass die Bundesregierung offensichtlicher denn je ungebremst auf ein LNG-Desaster auf Kosten Rügens zurast. Bei politischen Entscheidungen dieser Dimension und mit den absehbaren Folgen für Rügen erwartet die Bürgerinitiative, dass Regierungspolitiker, aus welchen Gründen auch immer, nicht einknicken und damit das Irrsinns-Vorhaben unterstützen.

Die Vertreter der Bürgerinitiative führten dazu u.a. im Gespräch aus:

Eine Gasmangellage kann nicht nachgewiesen werden. Der aktuelle Zeitplan der Inbetriebnahme ist in Bezug auf die propagierte Notwendigkeit völlig unrealistisch. Die Bevölkerung konnte für das Vorhaben nicht gewonnen werden; die Mehrheit lehnt es nach wie vor ab. Damit sind weder die politischen noch die faktischen Voraussetzungen für das Vorhaben gegeben.

Ökologische Belange des Natur- und des Meeresschutzes (Schutz und Erhalt des sensiblen Ökosystems Ostsee und Greifswalder Bodden) haben im Genehmigungsverfahren bei der Bewertung des Baus der LNG-Pipeline und für den geplanten Ausbau des Fährhafens Mukran nicht den notwendigen Stellenwert erhalten.

Dazu haben insbesondere zwei Vorgaben des Bundes gesorgt. Zum einen wurde ein beschleunigtes Verfahren ohne Umweltverträglichkeitsprüfung mit dem LNG-Beschleunigungsgesetz durchgedrückt. Zum anderen ist es ermöglicht worden, dass die Anträge von ReGas und GasCade gesplittet statt als Paket eingereicht und genehmigt werden konnten. Des Weiteren beabsichtigte die Bundesregierung nicht, wie im Aarhus-Abkommen festgeschrieben, Anrainerstaaten einzubinden.

Der erneute Termin mit Vertretern der Landesregierung kam erst nach mehrfachen Aufforderungen zustande. Bereits am 13.06.2023 gab es in Schwerin mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig ein Gespräch.

Bürgerinitiative Lebenswertes Rügen  
c/o LebensGut Frankenthal  
[www.lebenswertes-ruegen.com](http://www.lebenswertes-ruegen.com)  
[info@lebenswertes-ruegen.com](mailto:info@lebenswertes-ruegen.com)

